

Kinder dürfen nicht mehr kosten

Bundesrat für Harmonisierung

Eine Kinderzulage von 200 Franken und eine Ausbildungszulage von 250 Franken für Jugendliche sind dem Bundesrat zu viel. Er will nichts von einer Lösung wissen, die eine Mehrbelastung für die Wirtschaft bringt.

Der Bundesrat hat am Mittwoch Stellung genommen zu den Anträgen der Nationalratskommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK). Mit Mindestzulagen von monatlich 200 bzw. 250 Franken tritt die SGK gegen die Volksinitiative «für fairere Kinderzulagen» der Gewerkschaft Travail.Suisse an, die 450 Franken fordert.

Ausdrücklich begrüsst der Bundesrat in seiner Stellungnahme den Plan, die heute in den 26 Kantonen sehr unterschiedlich geregelten Familienzulagen zu harmonisieren. Es gehe vor allem darum, eine vermehrte Gleichbehandlung zu erreichen.

890 MILLIONEN MEHR. Dieses Ziel erreicht der Gesetzesentwurf der SGK laut Bundesrat «voll und ganz». Insbesondere könnten so der Kreis der berechtigten Kinder, die Altersgrenze, der Begriff der Ausbildung und die Anspruchsdauer einheitlich geregelt werden. Keine Freude hat der Bundesrat hingegen an den finanziellen Folgen des SGK-Vorschlags. Die neuen Mindestzulagen erhöhen die jährlichen Kosten von heute rund vier Milliarden um 890 Millionen. Die Arbeitgeber und eventuell auch die Arbeitnehmer müssen 690 Millionen mehr bezahlen, die öffentliche Hand und namentlich die Kantone 200 Millionen.

Dies widerspricht klar der bundesrätlichen Vorgabe, dass die Harmonisierung des Systems nicht zu einer Kostensteigerung und einer Mehrbelastung der Wirtschaft führen darf. Die von der SGK-Mehrheit beantragten Beträge kann der Bundesrat deshalb nicht unterstützen. SDA

Kinder dürfen nicht mehr kosten

Bundesrat für Harmonisierung

Eine Kinderzulage von 200 Franken und eine Ausbildungszulage von 250 Franken für Jugendliche sind dem Bundesrat zu viel. Er will nichts von einer Lösung wissen, die eine Mehrbelastung für die Wirtschaft bringt.

Der Bundesrat hat am Mittwoch Stellung genommen zu den Anträgen der Nationalratskommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK). Mit Mindestzulagen von monatlich 200 bzw. 250 Franken tritt die SGK gegen die Volksinitiative «für fairere Kinderzulagen» der Gewerkschaft Travail.Suisse an, die 450 Franken fordert.

Ausdrücklich begrüsst der Bundesrat in seiner Stellungnahme den Plan, die heute in den 26 Kantonen sehr unterschiedlich geregelten Familienzulagen zu harmonisieren. Es gehe vor allem darum, eine vermehrte Gleichbehandlung zu erreichen.

890 MILLIONEN MEHR. Dieses Ziel erreicht der Gesetzesentwurf der SGK laut Bundesrat «voll und ganz». Insbesondere könnten so der Kreis der berechtigten Kinder, die Altersgrenze, der Begriff der Ausbildung und die Anspruchsdauer einheitlich geregelt werden. Keine Freude hat der Bundesrat hingegen an den finanziellen Folgen des SGK-Vorschlags. Die neuen Mindestzulagen erhöhen die jährlichen Kosten von heute rund vier Milliarden um 890 Millionen. Die Arbeitgeber und eventuell auch die Arbeitnehmer müssen 690 Millionen mehr bezahlen, die öffentliche Hand und namentlich die Kantone 200 Millionen.

Dies widerspricht klar der bundesrätlichen Vorgabe, dass die Harmonisierung des Systems nicht zu einer Kostensteigerung und einer Mehrbelastung der Wirtschaft führen darf. Die von der SGK-Mehrheit beantragten Beträge kann der Bundesrat deshalb nicht unterstützen. SDA